

FORUM

Neubeginn oder Ende der Sozialdemokratie?*

Eine Untersuchung zur programmatischen Reform sozialdemokratischer Parteien und ihrer Auswirkung auf die Parteiendifferenzthese

Martin Seeleib-Kaiser

Nach der Regierungsübernahme durch sozialdemokratische Parteien Ende der 1990er Jahre in der überwiegenden Mehrzahl westeuropäischer Staaten scheint die nur wenige Jahre zuvor in den Sozialwissenschaften geführte Debatte um den Niedergang der Sozialdemokratie obsolet. Einher ging die Phase der erneuten Regierungsübernahme bzw. Beteiligung mit einer Programmdebatte, die in der Diskussion um den „Dritten Weg“ kulminierte. Dieser Artikel analysiert die programmatische Entwicklung sozialdemokratischer Parteien in vier westeuropäischen Staaten und versucht die Frage des Neubeginns oder Endes der Sozialdemokratie empirisch auf der programmatischen Ebene mittels eines intertemporalen und internationalen Vergleichs zu beantworten. Im Zentrum der Analyse steht die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die für die Entwicklung der Parteiendifferenzthese von elementarer Bedeutung war. Die Analyse zeigt, dass die „neue Sozialdemokratie“ sich deutlich von der „alten“ unterscheidet. Die programmatische Neuorientierung stellt jedoch keine Entwicklung eines originär sozialdemokratischen Reformprogramms, sondern die weitgehende Übernahme zentraler christdemokratischer Ziele und Instrumente dar. Entsprechend verliert die Parteiendifferenzthese teilweise an Aussagekraft.

1. Einleitung

In den 1970er und 1980er Jahren wurde vielfach das Ende der Sozialdemokratie diagnostiziert. Die 1980er Jahre begannen mit dem Scheitern des sozialistischen Experiments unter Mitterand in Frankreich, dem Verweis der bundesdeutschen, dänischen, niederländischen und belgischen Sozialdemokraten in die Opposition und der Konsoli-

* Bei diesem Aufsatz handelt es sich um die überarbeitete Version meines am 6. September 2000 am Fachbereich 8 der Universität Bremen gehaltenen Habilitationsvortrags. Ich danke den Mitgliedern der Habilitationskommission sowie den TeilnehmerInnen des Colloquiums für Ihre hilfreichen Anmerkungen. Ganz besonders danke ich Peter Bleses sowie den zwei anonymen GutachterInnen der PVS für ihre Kritik und sehr konstruktiven Anregungen.

dierung der Tory-Herrschaft in Großbritannien. Auf der politisch-programmatischen Ebene lautete zu Beginn der 1990er Jahre die zentrale Frage: *What's Left for the Left?*¹ Nachdem die Sozialdemokraten seit Ende der 1990er Jahre in der Mehrheit der Staaten Westeuropas erneut die Regierung stellen oder an ihr beteiligt sind, änderte sich vielfach die Perspektive: Nun ist nicht mehr vom Ende der Sozialdemokratie die Rede. Vielmehr steht der von den Sozialdemokraten für sich reklamierte „Dritte Weg“ im Mittelpunkt der Debatte.

Basierend auf der Parteiendifferenzthese konnte in der Vergangenheit davon ausgegangen werden, dass es einen Unterschied hinsichtlich des staatlichen Interventionismus im Allgemeinen und den spezifischen Strukturmerkmalen des Wohlfahrtsstaates im Besonderen macht, welche Partei über einen längeren Zeitraum die Macht im Staate ausübt. Die international vergleichende Sozialpolitikforschung hat die Sozialdemokratie als Schlüsselvariable zur Erklärung der Entwicklung universalistischer Wohlfahrtsstaaten identifiziert.² Julian Le Grand (1999: 142) etwa argumentiert pointiert: „The welfare state lies at the core of social democracy.“ Entsprechend werde ich meine Ausführungen in diesem Beitrag auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik begrenzen. Bei einer programmatischen Neuorientierung gilt es freilich zu untersuchen, ob dieser Zusammenhang auch heute noch gilt. Hieraus ergibt sich der wissenschaftslogische und theoretische Stellenwert dieser Analyse. Denn wenn sich die Programmatik der Sozialdemokratie in den letzten Jahren tatsächlich tiefgreifend verändert hat, so kann davon ausgegangen werden, dass sich daraus nachhaltige Folgen für die Gültigkeit der Parteiendifferenzthese ergeben können. Doch wann kann man von einem tiefgreifenden Wandel sprechen? Hierzu bedarf es eines systematischen Rasters. Peter Hall (1993) unterscheidet zwischen „Veränderungen erster, zweiter und dritter Ordnung“. Bei Veränderungen erster und zweiter Ordnung handelt es sich im Wesentlichen um Anpassungen des *settings* der Instrumente und der Instrumente selbst im Lichte sozioökonomischer Veränderungen bei einer gleichzeitigen Beibehaltung der Zielsetzung. Eine Veränderung dritter Ordnung liegt dann vor, wenn es sowohl zu einer Revision der Instrumente als auch der Zielsetzung kommt. Entsprechend dieses Rasters kann man erst dann von einem tiefgreifenden Wandel der Sozialdemokratie sprechen, wenn sie ihre Zielsetzung neu definiert. Die Nutzung „neuer“ Politikinstrumente bei gleichbleibender Zielsetzung stellt keinen *signifikanten* Wandel dar. Auswirkungen auf die Parteiendifferenzthese sind dann gegeben, wenn die neuen Zielsetzungen mit den Zielen einer anderen Parteigruppierung bzw. Parteienfamilie weitgehend übereinstimmen.³

Insoweit gilt es systematisch zu analysieren, ob sich ein neues *gemeinsames* „sozialdemokratisches“ Fundament herauskristallisiert und dieses sich in signifikanter Weise von dem anderer Parteigruppierungen unterscheidet. Bisherige Arbeiten zur program-

1 So auch der Untertitel von Garrett/Lange (1991).

2 Vgl. jüngst u.a. Huber/Stephens (2001) sowie Schmidt (2001). Beide Arbeiten weisen gegenüber älteren Studien zur Parteiendifferenzthese darauf hin, dass neben den Parteien auch institutionelle Faktoren, vor allem Vetospieler einen Einfluss auf die Politik haben. Doch sind diese als ergänzende Variablen zu betrachten, die nicht dazu führen, die Parteiendifferenzthese zu widerlegen. Entsprechend können diese ergänzenden Variablen für die in dieser Studie behandelte Fragestellung unberücksichtigt bleiben.

3 Vgl. die konzeptionellen Ausführungen von Mair und Mudde (1998) zur Analyse von Parteienfamilien.

matischen Reform der Sozialdemokratie in Westeuropa haben sich vor allem mit der Frage beschäftigt, ob und inwieweit es *unterschiedliche sozialdemokratische Reformpfade* gibt (vgl. u.a. Merkel 2000; Jahn/Henn 2000). Meine These lautet, dass die Sozialdemokratie heute weder eine Politik der „alten Sozialdemokratie“ betreibt, noch sich dem Neo-Liberalismus angepasst, sondern vielmehr die Programmatik der Christdemokratie in weiten Teilen übernommen hat.⁴ Damit knüpfe ich in gewisser Weise an die Argumentation von Kirchheimer (1965) an. Im Vordergrund meiner Analyse stehen allerdings *nicht* die kausalen Gründe für den programmatischen Wandel, sondern vielmehr handelt es sich um eine empirische Analyse des Wandels, d.h. der Ideen, Instrumente und Ziele der Sozialdemokratie.

Hinsichtlich der herangezogenen Staaten werde ich mich auf Schweden, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland sowie die Niederlande konzentrieren. Folgende Erwägungen begründen die Auswahl der Länder: (1) Schweden wurde in der Nachkriegsgeschichte häufig als *das* sozialdemokratische Modell identifiziert und darf daher in einer vergleichenden Analyse der Sozialdemokratie nicht fehlen. (2) Nach knapp zwei Jahrzehnten in der Opposition gelang es *Labour*, unter dem Etikett von *New Labour* mit einem erdrutschartigen Wahlsieg 1997 in Großbritannien wieder an die Macht zu kommen und in der Folge die politische Debatte um den *Third Way* unter sozialdemokratischen Parteien zu entfachen. (3) Die bundesdeutschen Sozialdemokraten wurden in den Medien sowie in Teilen der Wissenschaft in den 1990er Jahren vielfach als reformunfähig charakterisiert und für die „Blockade“ der bundesdeutschen Politik verantwortlich gemacht. (4) Die Niederlande hingegen galten spätestens seit Ende der 1990er Jahre für viele Modernisierer als neues Modell für eine erfolgreiche Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik, ohne jedoch einen offensichtlichen Einfluss auf die öffentliche Reformdebatte innerhalb der europäischen Sozialdemokratie auszuüben.⁵

Konzeptionell stütze ich mich *primär* auf eine vergleichende Untersuchung der gegenwärtigen sozialdemokratischen Programmatik⁶ mit den sozialdemokratischen sowie christdemokratischen Politikkonzeptionen in der Blütezeit des „Goldenen Zeitalters“. Diese Herangehensweise hat den Vorteil, dass sie eine zirkuläre oder tautologische Argumentation vermeidet, wie sie mitunter in Analysen anzutreffen ist, die auf Experteneinschätzungen beruhen, sofern die Charakterisierung einer Partei auf Grund ihrer Politik vorgenommen und diese Einschätzung dann als Erklärung für parteipolitisches Handeln herangezogen wird. Schließlich liegt der Vorteil in der Verwendung von Parteiprogrammen als Ausdruck kollektiver Willensbekundungen darin, dass diese eine gewisse Vergleichbarkeit in Zeit und Raum aufweisen (Budge 2000).

In einem ersten Schritt des *Essays* wird die Zielsetzung der Sozialdemokratie im goldenen Zeitalter herausgearbeitet und mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptionen anderer Parteien, vor allem der Christdemokratie kontrastiert. Im zwei-

⁴ Vgl. hierzu auch die Argumentation von Vicenc Navarro zit. in Giddens (2000: 18).

⁵ Auf Grund der traditionell starken Staatszentriertheit nicht nur seitens der Sozialisten, sondern auch des bürgerlichen Lagers habe ich Frankreich nicht in die Untersuchung einbezogen. Vgl. zum komplexen „Sonderfall Frankreich“ Levy (2000) und Clift (2001).

⁶ Grundlage meiner vergleichenden Analyse ist neben Parteiprogrammen Sekundärliteratur zur Entwicklung sozialdemokratischer Programmatik sowie sozialdemokratischer Politik.

ten Abschnitt werden sodann die programmatischen „Neuorientierungen“ der sozialdemokratischen Parteien in den vier Ländern seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre beschrieben, bevor im dritten Abschnitt diese Neuorientierungen einer vergleichenden Analyse mit den „alten“ Zielsetzungen der Sozialdemokratie und der Christdemokratie unterzogen werden. Abschließend folgen einige Anmerkungen zur Parteiendifferenzthese und der vergleichenden Sozialpolitikforschung.

2. Das sozialdemokratische Nachkriegsmodell im Vergleich

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war für die Sozialdemokraten ein Ausbau der staatlichen Regulierung nicht Ziel der Politik, sondern Mittel zum Zweck. Auf der Makro-Ebene stand nicht – in Anlehnung eines Werkes von Gøsta Esping-Andersen (1985) – eine ‚Politik gegen die Märkte‘ (*Politics against Markets*), sondern eine Politik zur Stabilisierung der Märkte. Dieser Politikansatz setzte Marktgesetze in bestimmten Bereichen zwar bewusst außer Kraft, doch geschah dies in der Überzeugung, dass dadurch die kapitalistische Volkswirtschaft auf der Makro-Ebene effizienter funktionieren und gleichzeitig der soziale Ausgleich nicht auf der Strecke bliebe (Sassoon 1996: 151). Auch wäre es eine Fehleinschätzung der damaligen sozialdemokratischen Programmatik und Politik, wenn man behauptete, dass sie vor allem bestrebt war, auf der Nachfrage-seite zu intervenieren, um ihre Zielsetzung zu verwirklichen. Gewiss, der Wohlfahrtsstaat und eine Politik des keynesianischen *deficit spending* können in Krisenzeiten die Nachfrage stabilisieren. Doch beinhaltet der moderne Wohlfahrtsstaat auch eine Anzahl von Bereichen, die auf eine Verbesserung der Angebotsbedingungen zielen.⁷

Betrachtet man beispielsweise die historische Entwicklung in Großbritannien und Schweden, so wird offenkundig, dass die Arbeiterparteien in beiden Ländern sich während der Nachkriegszeit mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem arrangierten, wenn nicht gar versöhnten. Beiden Parteien ging es im Kern darum, eine möglichst effiziente Weise des Wirtschaftens zu finden, die gleichzeitig ein relativ hohes Maß an Redistribution ermöglichte, um der Zielsetzung eines höheren Maßes an sozialer Gerechtigkeit (Gleichheit) auf der *outcome*-Seite näher zu kommen. Dabei setzten die Briten auf die Institutionalisierung einer universalistischen wohlfahrtsstaatlichen Risikoabsicherung, eine keynesianische Wirtschaftspolitik sowie die Verstaatlichung zentraler Wirtschaftssektoren. Die Verstaatlichung von Unternehmen war jedoch nicht als Beginn einer umfassenden Veränderung der Eigentumsverhältnisse zu verstehen, auch wenn diese in der *Clause Four* des Parteistatuts der *Labour Party* noch verankert war. Vielmehr war es der Versuch, die britische Volkswirtschaft effizienter zu gestalten (Shaw 1993: 116).

In Schweden nahm die wirtschaftliche Planung seitens des Staates in der Nachkriegszeit zwar einen zentralen Platz in der Parteiideologie der Arbeiterpartei (SAP) ein. Doch wurde darunter im Wesentlichen eine antizyklische Konjunkturpolitik, die Koordination der öffentlichen Investitionen sowie die Erstellung langfristiger ökonomischer

⁷ Vgl. zum wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive bereits Briefs (1930) sowie u.a. Vobruba (1989, 1991: 49–89). Nach Huber und Stephens (1998) stellte zudem die Angebotspolitik einen Kernbereich der Wirtschaftspolitik sozialdemokratischer Parteien in den skandinavischen Ländern dar.

Prognosen verstanden (Pontusson 1994: 25).⁸ Um die Übergänge für Beschäftigte aus nicht mehr wettbewerbsfähigen in zukunftssträchtige Wirtschaftssektoren zu erleichtern, bedienten sich die Sozialdemokraten der aktiven Arbeitsmarktpolitik (vgl. Jochem 1998). Die zentralen Ziele der schwedischen Sozialdemokraten in der Wirtschaftspolitik waren ökonomisches Wachstum, soziale Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung. Dieser Ansatz wurde in der Sozialpolitik ergänzt durch den Ausbau eines universalistischen Wohlfahrtsstaates. Im Zentrum des universalistischen Wohlfahrtsstaates stand die Erbringung öffentlicher sozialer Dienstleistungen (Huber/Stephens 2001).

Schaubild 1: Sozialdemokratische Politikziele und Instrumente in der Nachkriegszeit

<i>Ziele</i>	<i>Politikinstrumente</i>
Vollbeschäftigung	<ul style="list-style-type: none"> – Keynesianische Steuerung gekoppelt mit einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik – Koordinierte Lohnpolitik – Aktive Arbeitsmarktpolitik
Soziale Gerechtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> – Staatliche Intervention (Universalismus) zur Absicherung sozialer Risiken – Staatliche soziale Dienste – Redistribution mittels wohlfahrtsstaatlicher Transferleistungen und des Steuersystems
Ökonomische Effizienz	<ul style="list-style-type: none"> – Beibehaltung des Marktes – Staatliche Intervention zur Stabilisierung der Marktmechanismen auf der Makro-Ebene; u.U. Verstaatlichung bestimmter Branchen und Investitionssteuerung

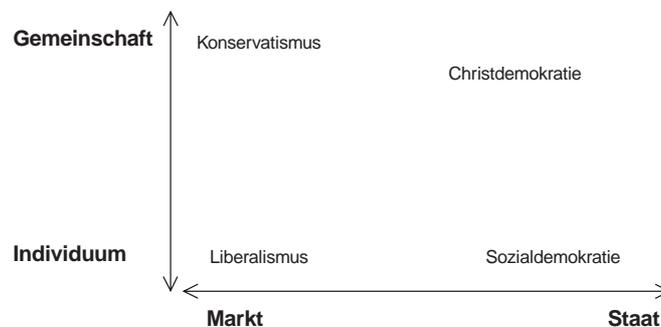
Die implizit oder gar explizit formulierte Akzeptanz des Marktes und des kapitalistischen Systems in den 1950er und 1960er Jahren war die Folge einer langwierigen Transformation der Sozialdemokratie, die mit dem Revisionismusstreit im 19. Jahrhundert begonnen hatte und durch den real-existierenden Sozialismus beschleunigt worden war. Die umfassende Transformation des kapitalistischen Systems war nunmehr in weite Ferne gerückt. Zwar spielte in der sozialdemokratischen Programmatik der Staat eine maßgebliche Rolle, doch staatlicher Interventionismus war nie Selbstzweck – Aufgabe war es vielmehr, die beiden zentralen Werte der volkswirtschaftlichen Effizienz und der sozialen Gerechtigkeit innerhalb des kapitalistischen Systems zu versöhnen. Keynesianische Vollbeschäftigungspolitik, staatliche Intervention zur Absicherung sozialer Risiken und Redistribution sowie die Regulierung der Marktkräfte waren die von den Sozialdemokraten bevorzugten Instrumente. Der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat war nicht gedacht als eine soziale Hängematte, deren Funktion es war, die Marktkräfte weitgehend außer Kraft zu setzen. Vielmehr sollte er aus sozialdemokratischer Sicht zwar einerseits die Auswirkungen des Marktes abfedern und als Garant

⁸ Ergänzt wurde dieser Ansatz durch eine koordinierte, solidarische Lohnpolitik; sie sollte dazu dienen, dass einerseits die Lohnkosten der profitablen, exportorientierten Unternehmen nicht übermächtig anstiegen und andererseits sollten nicht profitable Unternehmen aus dem Markt gedrängt werden.

zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit dienen. Entsprechend übernahm der Staat die Verantwortung zur Absicherung sozialer Risiken. Zum anderen sollte der Wohlfahrtsstaat zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Performanz beitragen (vgl. Huber/Stephens 2001). Schaubild 1 gibt einen idealtypischen Überblick der damaligen sozialdemokratischen Politikziele und Instrumente.

Betrachten wir nun das politische Koordinatensystem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, so wie es sich traditionell darstellte. Idealtypisch kann dieses entlang zweier Achsen dargestellt werden, nämlich der Achse „Individuum – Gemeinschaft“ und der Achse „Markt – Staat“. Die Verortung der unterschiedlichen Parteigruppierungen innerhalb dieses Koordinatensystems macht die Parteidifferenzthese anschaulich (s. Schaubild 2).

Schaubild 2: Idealtypisches politisches Koordinatensystem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik im goldenen Zeitalter



Im Gegensatz zur Sozialdemokratie setzen liberale Parteien traditionell auf die individuelle Leistungsfähigkeit innerhalb der Gesellschaft mit einem Minimum an staatlicher Intervention. Die Garantie formaler Chancengleichheit und die Bildungspolitik sind die Hauptaufgaben des Staates in der Sozialpolitik. Die Christdemokratie und der Konservatismus setzen primär zunächst auf gemeinschaftliche Arrangements. Christdemokratische Parteien unterscheiden sich allerdings von säkular-konservativen Parteien dadurch, dass sie ebenfalls eine relativ starke Rolle des Staates für notwendig erachten. Auf Grund des Subsidiaritätsprinzips kommt dem Staat die Aufgabe zu, die verschiedenen Gemeinschaften zu unterstützen und ordnend einzugreifen. Entsprechend wurden die christdemokratischen Parteien in der vergleichenden Forschung neben den sozialdemokratischen Parteien als „Sozialstaatsparteien“ bezeichnet (Schmidt 1998: 168). Doch unterscheidet sich die christdemokratische Konzeption von Staatlichkeit in wesentlichen Bereichen deutlich von jener der Sozialdemokraten.

Kersbergen (1995: 181) definiert die christdemokratische Konzeption von Staatlichkeit wie folgt:

„The ideal state is a welfare state and ,its responsibilities consists in defining and enforcing the responsibility of others – individuals or social groups – rather than providing services itself. ... An institutional commitment to full employment, for instance, is at odds with the tenet of the enforcement of ,self-responsibility“.

Im Zentrum christdemokratischer Weltanschauung steht entsprechend die stärkere Betonung von Pflichten gegenüber Rechten, der Familie und sozialer Gruppen gegenüber der Gesellschaft und dem Staat. Die Familie soll dazu beitragen, dass Menschen zu Persönlichkeiten heranwachsen, die ein hohes Maß an Eigenverantwortung übernehmen. Ferner ist es nicht die primäre Aufgabe des Staates, soziale Dienstleistungen zu erbringen, sondern diese sollen zuvörderst von der Familie und gemeinschaftlichen Organisationen erbracht werden. Entsprechend kommt der Familie eine zentrale Rolle zu, die es zu schützen gilt.⁹ Auf Grund der Bedeutung, die die Christdemokraten zivilgesellschaftlichen Gruppen und Gemeinschaften beimessen, ist es auch nur konsequent, dass diesen eine wesentliche Rolle und Verantwortung in der Verwaltung der Sozialversicherungen zukommt. Obwohl durch die Sozialversicherungsleistungen Armut im Vergleich zu liberalen Gesellschaften deutlich reduziert werden konnte und damit die christdemokratische Konzeption in dieser Hinsicht dem sozialdemokratischen Modell relativ nahe kommt, setzten die Christdemokraten in viel geringerem Maße auf Umverteilung mit der Konsequenz größerer Einkommensungleichheit (Huber/Stephens 2001: 81f.).

In Folge der Modernisierung der Christdemokratie seit den 1970er Jahren setzte sich die Auffassung durch, dass es nicht mehr ausreicht, die Familie zu schützen; vielmehr müsse sie gefördert werden, damit sie ihrer Aufgabe in der Gesellschaft nachkommen könne. Ihren Ausdruck fand diese gewandelte Konzeption u.a. in dem Ausbau der aktiven Familienpolitik während der langen christdemokratischen Herrschaft in der Bundesrepublik (vgl. hierzu Bleses/Seeleib-Kaiser 1999). Den christdemokratischen Wohlfahrtsstaat als einen primär kompensatorischen zu interpretieren, wie dies etwa von van Kersbergen (1995) vorgenommen wird, überbewertet die christdemokratische Regierungspolitik während der 1980er Jahre sowie die staatliche Transferpolitik zur Absicherung traditioneller sozialer Risiken. So zeigt etwa bereits die Analyse von Rimlinger (1971: 137ff.), dass es der CDU seit Beginn der Bundesrepublik darum ging, ein angemessenes soziales Sicherungsnetz zu knüpfen, ohne die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Auf dieser Einsicht gründeten schließlich auch die Reformen der niederländischen und bundesdeutschen Christdemokraten während der späten 1980er und in den 1990er Jahren (vgl. Visser/Hemerijck 1997; Seeleib-Kaiser 2001: 90–123). In der Wirtschaftspolitik begnügen sich die Christdemokraten weitgehend mit der Institutionalisierung eines ordnungspolitischen Rahmens für marktliche Austauschbeziehungen. Weitergehende dirigistische Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen sollten grundsätzlich vermieden werden. Gleichzeitig setzt sich jedoch der Staat für die Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand ein. Des Weiteren kommt besonders in der Bundesrepublik den Sozialpartnern durch die ihnen garantierte Tarifautonomie eine hervorragende Bedeutung in der Lohnpolitik zu (vgl. u.a. Huber/Stephens 2001: 185; Hartwich 1998: 50). Schaubild 3 fasst in idealtypischer Weise die verschiedenen Dimensionen der christdemokratischen Konzeption von Staatlichkeit zusammen.

Vergleicht man die christdemokratische und die sozialdemokratische Konzeption von Staatlichkeit, so kristallisieren sich folgende markante Unterschiede heraus: Der Christdemokratie geht es vor allem um die soziale Regulierung des Kapitalismus, ohne

⁹ Diese Ausführungen basieren auf Kersbergen (1995: 174–191).

Schaubild 3: Christdemokratische Ziele und Instrumente in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

<i>Politikziel</i>	<i>Politikinstrumente</i>
Sozialer Kapitalismus	Soziale Regulierung des Marktes, wobei den Sozialpartnern sowie gesellschaftlichen Gruppen und Gemeinschaften ein erhebliches Maß an Verantwortung zukommt.
<i>Politikbereiche</i>	
Wirtschafts- und Finanzpolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Weitgehender Verzicht auf keynesianische Nachfragesteuerung sowie Verstaatlichung – Betonung der Angebotspolitik
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Hauptsächlich Aufgabe der Tarifpartner; Lohnzurückhaltung als Schlüsselement in ökonomischen Krisen – Flexible arbeitsmarktliche Regulierung innerhalb gesetzlicher, v.a. aber tarifvertraglich festgelegter Grenzen
Sozialpolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Schutz und Förderung der Familie – Förderung gemeinschaftlicher bzw. zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Erbringung sozialer Dienstleistungen – Wenig interpersonale Umverteilung, primär intertemporale Umverteilung durch Sozialversicherungen, die von den Sozialpartnern und nicht dem Staat verwaltet werden – Förderung der Eigentumbildung und nichtstaatlicher sozialer Sicherungsarrangements

jedoch ein größeres Maß an sozialer Gleichheit zu erzielen. Entsprechend räumt sie der Familie und gemeinschaftlichen bzw. zivilgesellschaftlichen Organisation bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen eine Vorrangstellung ein. Ebenfalls steht die interpersonale Umverteilung von Ressourcen mittels staatlicher Transferleistungen nicht im Mittelpunkt. Insgesamt akzeptiert sie den Markt als gerechten und effizienten Regulierungsmechanismus, der allerdings sozialpolitisch gerahmt ist. Die Sozialdemokratie ihrerseits sieht die Notwendigkeit, in das Marktgeschehen staatlicherseits einzugreifen, um den Markt effizienter *und* sozial gerechter zu gestalten. Wesentliche Ziele der Sozialdemokratie sind die Herstellung größerer sozialer Gleichheit auf der *outcome*-Seite sowie die wirtschaftliche Effizienz. Die favorisierten Instrumente sind neben verschiedenen staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen ein universalistischer Wohlfahrtsstaat sowie eine Vollbeschäftigungspolitik.

3. Der schwierige Pfad der programmatischen Erneuerung

Obzwar das sozialdemokratische Regulierungsmodell bis zu Beginn der 1970er Jahre sehr erfolgreich zu funktionieren schien, geriet es in den folgenden Jahren in die Defensive. Vor die offenkundigen Herausforderungen des ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels gestellt, erkannten die sozialdemokratischen Parteien mittelfristig die Notwendigkeit, sich programmatisch zu erneuern. Die Chance zur Erneuerung blieb von den „Niedergangstheoretikern“ jedoch weitgehend unbeachtet. Die Oppositionspo-

litik der Sozialdemokraten in Großbritannien, der Bundesrepublik und den Niederlanden schien während der ersten Hälfte der 1980er Jahre die These der programmatischen Inflexibilität zu bestärken. Vor allem die *Labour Party* und die bundesdeutschen Sozialdemokraten sahen es als Chance, sich als Anwälte des Wohlfahrtsstaates zu profilieren; entsprechend galt es, die aus ihrer Sicht „unsozialen“ Angriffe seitens der Tories und der christdemokratisch geführten Koalitionsregierung anzuprangern. Nahezu jede Veränderung des wohlfahrtsstaatlichen Status quo wurde als Angriff auf sozialdemokratische Errungenschaften interpretiert. Doch sollten die beiden Parteien aus dieser Positionierung wahlpolitisch keine Erfolge ziehen können. Nicht zuletzt auf Grund der andauernden Wahlverluste sahen sich die *Labour Party*, die niederländische Arbeiterpartei (PvdA) sowie die deutschen Sozialdemokraten veranlasst, über ihre programmatische Ausrichtung grundsätzlich zu reflektieren. Dieser Prozess konnte jedoch nur langsam erfolgen; schließlich handelt es sich bei Parteien um Großorganisationen, deren Anpassungsfähigkeit auf Grund ihrer gewachsenen Strukturen nur langsam voranschreiten kann. Wie sahen die Entwicklungen nun im Einzelnen aus?

3.1 Die niederländische Arbeiterpartei – eine Vorreiterin auf dem Pfad zum ‚Dritten Weg‘?

Das offensichtliche Scheitern der von der PvdA während der 1970er und frühen 1980er Jahre verfolgten Polarisierungsstrategie im Hinblick auf eine Regierungsbeteiligung führte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zu einer Überprüfung der Programmatik. Nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Wim Kok wurden mehrere Kommissionen eingesetzt, die sowohl die Parteistrukturen als auch die Programmatik überprüfen sollten. Im Jahr 1987 empfahl die Kommission für programmatische Erneuerung, dass die PvdA zukünftig für eine solidarische Politik eintreten solle, die die Prinzipien der Chancengleichheit und individuellen Wahl stärker betont, als das Prinzip der Gleichheit. Die klassischen fünf Instrumente der Sozialdemokratie, nämlich Verstaatlichung, Nachfragesteuerung, Redistribution, Planung und Regulierung, könnten nicht mehr in der traditionellen Art und Weise genutzt werden. Die Verstaatlichung wurde prinzipiell zurückgewiesen und die Nachfragesteuerung als ein inadäquates Instrument in einer offenen Volkswirtschaft bewertet. Schließlich sei es auch nicht mehr möglich, auf ein kontinuierliches ökonomisches Wachstum zu setzen, um eine gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen zu erzielen. Im Hinblick auf die Sozialpolitik wurde formuliert, dass in Zukunft nicht mehr das *Recht* auf Einkommen im Mittelpunkt der Sozialleistungspolitik stehen solle, sondern die Verknüpfung der Sozialleistungen mit Arbeit und Beschäftigung. Schließlich wurden im Wahlprogramm für die Wahl 1989 die Konfrontationsstrategie fallengelassen und programmatisch explizit die Grenzen der Staatstätigkeit sowie die Notwendigkeit hervorgehoben, das Haushaltsdefizit zu reduzieren (Wolinetz 1993: 103–106).

Nach dem Eintritt in die Koalitionsregierung mit den Christdemokraten im Jahr 1989, die sich darauf verpflichtet hatte, die Reform des Sozialstaates voranzutreiben und das Haushaltsdefizit zu reduzieren, stand der PvdA die tatsächliche Bewährungsprobe bevor: Trotz des massiven Widerstandes der Gewerkschaften stimmten die sozialdemokratischen Minister u.a. den drastischen Einschränkungen im Bereich der Erwerbsunfähigkeitsrenten zu, die in der Vergangenheit als Vehikel zur Reduzierung des

Arbeitskräfteangebots und damit zur Verringerung der offenen Arbeitslosigkeit instrumentalisiert worden waren (Becker/Cuperus 1998: 250). In den folgenden Wahlen des Jahres 1994 mussten die Sozialdemokraten zwar heftige Stimmenverluste hinnehmen, konnten jedoch zum ersten Mal seit 1918 eine Regierungskoalition ohne die Christdemokraten bilden. Die PvdA hat sich spätestens seit dem Eintritt in die Lila-Koalition mit den Liberalen einer Politik verschrieben, die auf eine Stärkung der Infrastruktur sowie eine Transformation des Wohlfahrtsstaates zielt. Letzteres Projekt steht unter dem Motto „Vom Wohlfahrtsstaat zur partizipatorischen Gesellschaft“: Danach müsse eine neue Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit sowie kollektiver Absicherung und individueller Verantwortung gefunden werden (Becker/Cuperus 1998: 251). In einem Parteidokument zur Sozialpolitik aus dem Jahr 1997 hieß es: „[T]he philosophy of modern social security ... places the emphasis firmly on freedom of choice and personal responsibility“ (PvdA 1997; vgl. a. PvdA 1998). D.h. die Aufgabe des Staates ist es zukünftig nicht mehr, für alle erdenklichen Lebenslagen umfassende sozialstaatliche Programme zu entwickeln, sondern verstärkt das Individuum sowie zivilgesellschaftliche Organisationen in die Lage zu versetzen, Verantwortung zu übernehmen.

3.2 Der langsame Wandel bundesdeutscher Sozialdemokraten

Die Reformdebatte innerhalb der SPD sollte zunächst weitgehend auf die Integration links-libertärer Positionen beschränkt bleiben. Entsprechend kam es in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu keinen weitreichenden Veränderungen in den 1980er und frühen 1990er Jahren. Das im Jahr 1989 verabschiedete ‚neue‘ Grundsatzprogramm kann als „a new formulation of the old model – a Godesberg Mark II“ (Padgett 1993: 35) charakterisiert werden. In der Opposition sahen sich die Sozialdemokraten vielfach noch zu Beginn der 1990er Jahre als Verteidiger des Sozialstaates, der von den Christdemokraten zur Disposition gestellt würde (vgl. u.a. Seeleib-Kaiser 2001: 90–123).

Erst das Programm zur Bundestagswahl 1994 und in noch stärkerem Maße das Wahlprogramm 1998 zeigten deutliche Reformimpulse. So wurden etwa kreditfinanzierte Konjunkturprogramme nunmehr abgelehnt, da es „keinerlei Spielraum“ für eine solche Politik gäbe. Im Mittelpunkt der Wirtschafts- und Sozialpolitik müsse die Schaffung neuer Arbeitsplätze stehen, konsequenterweise müssten die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Ziel des „modernen Sozialstaats“ müsse die Ermutigung zu Eigenverantwortung und Eigeninitiative und nicht Bevormundung sein (SPD 1994, 1998). Die Forderung nach einer Rückführung der „neuen Armut“ mittels verstärkter staatlicher Umverteilung, die noch in den 1980er Jahren teilweise die Debatte bestimmte, scheint aus der Programmatik nahezu gelöscht. In der Rentenpolitik wird schließlich eine stärkere Rolle nichtstaatlicher Risikoabsicherung eingefordert, die mit der Rentenreform im Jahre 2001 bereits in reale Politik umgesetzt wurde. Im Bereich der sozialen Dienstleistungen sollen das Ehrenamt sowie Nachbarschaftshilfen und Selbsthilfegruppen gestärkt werden (SPD 1998: 47). Des Weiteren rückt die Familienpolitik zunehmend in den programmatischen Mittelpunkt sozialdemokratischer Sozialpolitik (Bleses/ Seeleib-Kaiser 1999). Eine „Politik der Neuen Mitte“, so der Vordenker Bodo Hombach (1998), läge zwischen dem Neo-Liberalismus und dem etatistischen Wohlfahrtsstaat der 1970er Jahre. Die Sozialpolitik solle nicht mehr die Funktion der „Hängematte“, sondern die eines „Trampolins“ übernehmen.

3.3 Das schwedische Modell unter Anpassungszwang?

Der durch die mehrfachen Abwertungen der schwedischen Krone während der 1970er und 1980er „erkaufte“ Erfolg des schwedischen Modells sollte für einige Jahre programmatische Reformen in der Sozialpolitik verzögern. Doch in der Wirtschaftspolitik hatte sich die Zielsetzung der Sozialdemokraten im Rahmen der „Third Road“ bereits während der 1980er Jahre deutlich verändert. Die Bekämpfung der Inflation und die Reduzierung des Haushaltsdefizits wurden nun für Schwedens Sozialdemokraten eine prioritäre Angelegenheit. Profitabilität sollte nach den Vorstellungen der SAP zum obersten Ziel von Staatsunternehmen avancieren, des Weiteren sollten Staatsunternehmen zum Teil verkauft und Marktmechanismen in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Dienstleistungen eingeführt werden (Huber/Stephens 2001: 242). Schließlich setzte sich im Zuge der dramatischen ökonomischen Krise zu Beginn der 1990er Jahre und dem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit innerhalb der schwedischen Sozialdemokraten der ‚Reformflügel‘ auch hinsichtlich der Sozialpolitik durch. So stimmte die SAP nun den von der bürgerlichen Regierung zu Beginn der 1990er Jahre vorgeschlagenen Leistungseinschnitten in das soziale Sicherungsnetz zu. Nach der erneuten Regierungsübernahme durch die SAP im Jahr 1994 wurden die Leistungen in einigen Sozialprogrammen weiter beschnitten (Lindgren 1998).

Obwohl durch die Kürzungen die Strukturen des schwedischen Wohlfahrtsstaates zunächst im Wesentlichen unverändert bleiben sollten, verschob sich innerhalb der SAP das Verständnis von Redistribution. Lag in der Vergangenheit die Betonung auf der Umverteilung von Einkommen, so wird nun auch von den schwedischen Sozialdemokraten zunehmend die ‚Umverteilung von Chancen‘ thematisiert. Wurde unter Universalismus während des goldenen Zeitalters die *umfassende* gesellschaftliche, sprich staatliche Verantwortung beim Eintritt sozialer Risiken verstanden, so gehen die Sozialdemokraten heute davon aus, dass die Individuen einen Teil des Risikos tragen sollten (Lindgren 1998; Sainsbury 1993). Am deutlichsten zeigt sich diese Verschiebung in der Rentenversicherung: Durch das 1999 implementierte Rentenreformgesetz wurde durch die sozialdemokratische Regierung die ehemals *sozialstaatliche* Absicherung des Risikos Alters ein Stück weit privatisiert (vgl. Ministry of Health and Social Affairs 1998). Des Weiteren zog sich der Staat aus dem in Schweden als traditionelle Domäne des Staates zu bezeichnenden Bereich der Erbringung sozialer Dienstleistungen teilweise zurück (Clayton/Pontusson 1998; Benner/Vad 2000: 433); damit kam die sozialdemokratische Partei politisch und programmatisch Forderungen nach der Ermöglichung von mehr Wahlfreiheit und zivilgesellschaftlichem Engagement nach (Huber/Stephens 2001: 246–248).

3.4 Von Old Labour zum Third Way?

In Großbritannien vollzog sich der programmatische Wandel der *Labour Party* relativ spät. Und nachdem es in der *Labour*-Geschichte kein Bad Godesberg gab, erschien dieser programmatische Wandel auch sehr weitreichend. Trotz erheblicher Revisionen Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre¹⁰ sollte die programmatische Um-

¹⁰ Vgl. die Synopse in Crewe (1992: 44) sowie Shaw (1993: 118–125).

orientierung der Partei ihren vorläufigen Höhepunkt erst nach dem Aufstieg von Tony Blair an die Spitze von *Labour* erreichen. Um den programmatischen Wandel zu unterstreichen, war fortan nur noch die Rede von *New Labour* und der Notwendigkeit, einen *Third Way* zwischen dem Neo-Liberalismus und den Dogmen von *Old Labour* zu finden, da weder die Politikansätze der Neoliberalen noch von *Old Labour* adäquat seien, die gegenwärtigen Probleme zu lösen (vgl. hierzu auch Giddens 1997, 1998). *New Labour* akzeptierte nunmehr programmatisch die überlegene Leistungsfähigkeit des Marktes, verschrieb sich dem Monetarismus, lehnte Steuererhöhungen ab und akzeptierte im Grundsatz die Haushaltspolitik der konservativen Regierung. Allerdings bedeutet diese programmatische Ausrichtung nicht den vollkommenen Verzicht auf staatlichen Interventionismus, sondern eine Neudefinition nach dem Grundsatz: „Save to invest ... not tax and spend“ (Labour Party 1997: 12). Hinsichtlich der Reform des Wohlfahrtsstaates, die ganz oben auf der Agenda von *New Labour* steht, betont sie die Priorität, Personen erneut in Beschäftigung zu bringen, anstatt sie langfristig durch staatliche Sozialleistungen zu alimentieren. Als Leitmotiv für die Reform des Wohlfahrtsstaates wurde das Konzept der Rechte und Pflichten festgeschrieben. In anderen Worten: Um in den Leistungsbezug zu kommen, muss der Einzelne Anstrengungen zur (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt nachweisen. Bei diesem Politikansatz wurde besonderes Augenmerk auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit gelegt. Einen zentralen Platz in der Sozialpolitik von *New Labour* nimmt auch die Förderung der Institution Familie ein. Schließlich betont *Labour* die Notwendigkeit eines stärkeren bürger-schaftlichen bzw. zivilgesellschaftlichen Engagements (Labour Party 1997; Blair 1998).

3.5 Zusammenfassung

Der gemeinsame Nenner der hier analysierten programmatischen Reformen der sozialdemokratischen Parteien kann trotz weiter bestehender Unterschiede im Detail wie folgt charakterisiert werden: Die Reformen führten nicht zur Aufgabe des staatlichen Interventionismus an sich, sondern zu einer Neudefinition der staatlichen Aufgaben. Die „neue“ Konzeption von Staatlichkeit der Sozialdemokraten besteht zuvörderst darin, dass dem Staat nicht mehr die alleinige Aufgabe zukommt, für sozialen Ausgleich zu sorgen. Vielmehr soll er verstärkt die Übernahme größerer Verantwortung seitens des Individuums und zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Gemeinschaften fördern. Keine der Parteien setzte sich programmatisch explizit für eine Forcierung der staatlichen Umverteilung mit dem Ziel ein, ein höheres Maß an sozialer Gleichheit auf der *outcome*-Seite zu erzielen. Insofern kann man von einer Staatsentlastung zu Gunsten marktlicher und gemeinschaftlicher Arrangements sprechen.

4. *Old Labour*, *New Labour*, Neo-Liberalismus oder neue Christdemokratie?

Wie lässt sich dieser programmatische Wandel nun systematisch im Hinblick auf die Parteiendifferenzthese beurteilen? Aufbauend auf einer quantitativen und qualitativen Analyse der Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten in reichen Industrienationen im Zeitraum von 1980 bis 1995 argumentieren Huber und Stephens (2001), dass die Erklä-

rungskraft der Parteidifferenzthese deutlich zurückgegangen sei. Die Ursachen für diese Entwicklung sehen sie darin, dass einerseits die veränderte ökonomische Situation den Handlungsspielraum der sozialdemokratischen Parteien einschränke und andererseits die bürgerlichen Parteien auf Grund der politischen Unterstützung der Wahlbevölkerung für den Wohlfahrtsstaat politisch keine weitreichenden Veränderungen durchsetzen können. Implizit gehen sie mit dieser Argumentation davon aus, dass die Zielsetzungen der Parteien über den Untersuchungszeitraum konstant geblieben sind. Damit klammern sie die Debatten um die Modernisierung der sozialdemokratischen Programmatik nahezu gänzlich aus. Knutsen (1998) kommt auf Basis der Analyse von Experteneinschätzungen zu dem Ergebnis, dass wir im Zeitraum von 1982–1993 Zeugen einer starken Bewegung der Parteien in die Mitte des politischen Spektrums sind. Am stärksten sei diese Tendenz innerhalb der Gruppe der Sozialistischen und Sozialdemokratischen Parteien ausgeprägt. Innerhalb dieser Gruppe, so Lipset und Marks (2000: 275) ebenfalls basierend auf Experteneinschätzungen, sei es in der Wirtschaftspolitik zu Beginn der 1990er Jahre zu einer stärkeren Befürwortung des Marktes *vis à vis* staatlicher Kontrolle im Vergleich zu Beginn der 1980er Jahre gekommen. Gemein haben diese Untersuchungen den Nachteil, dass sie keine Auskunft darüber geben können, ob sich die Präferenzen und Zielsetzungen der Sozialdemokratie verändert haben. Des Weiteren sind sie zu allgemein, um zu überprüfen, inwieweit sich die spezifische sozialdemokratische Konzeption von Staatlichkeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik verändert hat.

Bei näherer Betrachtung der modifizierten sozialdemokratischen Programmatik wird einerseits argumentiert, dass die Sozialdemokraten noch immer im Kern an ihrer ehemaligen Zielsetzung festhalten und sich lediglich die Instrumente verändert hätten. Vor allem die Betonung der Notwendigkeit eines hohen Beschäftigungsniveaus seitens der Modernisierer innerhalb der sozialdemokratischen Parteien scheint dieses zu bestätigen. Green-Pedersen et al. (2000) argumentieren etwa, dass der Kern sozialdemokratischer Reformbestrebungen in der Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie höherer Beschäftigungsquoten läge, wobei der Arbeitsmarktpolitik eine zentrale Rolle zukomme (s.a. Huber/Stephens 1998). Andererseits sieht Shaw (1996) in *New Labour* die Ratifizierung eines neoliberalen Politikansatzes. Wörtlich heißt es bei ihm:

„New Labour hat sich letztlich die amerikanische Vision einer ökonomisch und sozial mobilen Gesellschaft zu eigen gemacht, in der jeder die Möglichkeiten hat, durch seine eigenen Leistungen und Fähigkeiten den jeweiligen Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie zu erlangen, den er verdient“ (Shaw 1996: 195).

Beide Charakterisierungen greifen zu kurz. Die programmatische Umorientierung begrenzt sich nicht nur auf eine Steigerung der Beschäftigung durch staatliche Maßnahmen oder die Übernahme ‚neo-liberaler‘ Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Diejenigen, die der Sozialdemokratie eine Übernahme neo-liberaler Politikansätze attestieren, gehen (implizit) von einer Dichotomie zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus aus und übersehen dadurch die Rolle der Christdemokratie. Die Christdemokratie verkörpert in der Wirtschafts- und Sozialpolitik traditionell den dritten Weg zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie und hat auch im goldenen Zeitalter eine Politik der umfassenden Umverteilung von Kapital zu Arbeit stets abgelehnt.

Die Reformen der Sozialdemokratie zielen vielmehr auf eine Neudefinition der Politikinstrumente, eine im Grundsatz andere Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft und letztendlich auf eine Veränderung sozialdemokratischer Politikziele. Waren traditionell die Erzielung eines höheren Maßes an sozialer Gerechtigkeit auf der *outcome*-Seite, Vollbeschäftigung und wirtschaftliches Wachstum gleichberechtigte Ziele, so hat nunmehr das Ziel des wirtschaftlichen Wachstums oberste Priorität. Des Weiteren hat die Sozialdemokratie in den untersuchten Ländern Abstand davon genommen, ein höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit mittels verschiedener Instrumentarien staatlicher Redistribution anzustreben. Staatlicher Interventionismus soll zunehmend den Einzelnen in die Lage versetzen, im Markt zu partizipieren, ohne ihn jedoch sozial weitgehend auszugrenzen. Auch das Ziel der Vollbeschäftigung wird heute normativ weniger voraussetzungsvoll definiert. Schließlich scheint die Förderung von gemeinschaftlichem bzw. zivilgesellschaftlichem Engagement zu einem eigenständigen Ziel zu avancieren. Vergleichen wir diese aus der Programmatik abgeleiteten Ziele der Sozialdemokratie der vier in dieser Studie untersuchten Ländern mit denen der idealtypisch herausgearbeiteten Zielsetzung der Christdemokratie, so wird deutlich, dass die Sozialdemokratie die Zielsetzung der Christdemokraten weitgehend übernommen hat: die Aufrechterhaltung eines sozialen Kapitalismus.

In der Wirtschaftspolitik sind weder die keynesianische Nachfragesteuerung noch die Verstaatlichung Bestandteil des sozialdemokratischen Arsenal der Steuerungsinstrumente. In den klassischen Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik setzt die Sozialdemokratie zunehmend auf die Verbesserung der Angebotsbedingungen durch eine Absenkung der Steuerlast und der Sozialversicherungsabgaben sowie einen Fiskalkonservatismus. Zwar hatten die unterschiedlichen sozialdemokratischen Parteien bereits in der Vergangenheit entweder in ihrer Regierungspolitik oder, wie etwa die bundesdeutschen Sozialdemokraten, in ihrer Programmatik den Markt als zentralen Mechanismus des Wirtschaftslebens akzeptiert, doch wird dem Markt nunmehr eine überlegene Rolle im Vergleich zu staatlicher Intervention zugeschrieben. Investitionslenkung mittels verschiedener Instrumentarien der Angebotspolitik verliert an Bedeutung. Nunmehr wird ferner weitgehend darauf verzichtet, mittels staatlicher Eingriffe in der Wirtschafts- und Finanzpolitik die sozialen Folgen ökonomischer Krisen zu begrenzen. Vergleichen wir diese Instrumente mit dem Instrumentenarsenal der Christdemokraten in der Wirtschaftspolitik, so können wir eine weitreichende Übereinstimmung feststellen.

Im Hinblick auf die Umverteilung geht es nicht mehr vordringlich um die Erzielung sozialer Gerechtigkeit auf der *outcome*-Ebene mittels sozialstaatlicher Geldleistungen, sondern zunehmend um die Herstellung von Chancengleichheit. Entsprechend soll sich der Staat verstärkt in der Bildungspolitik und der Arbeitsmarktpolitik engagieren, um benachteiligten Gruppen und jenen, die auf Grund von sozioökonomischen Veränderungen zu den Verlierern gehören, eine zweite Chance einzuräumen. Dabei wird jedoch darauf geachtet, dass die Nutznießer sozialstaatlicher Leistungen auch ihren Pflichten nachkommen. Das Konzept der Rechte und Pflichten ist zunehmend integraler Bestandteil sozialdemokratischer Sozialpolitik. Obzwar diese Konzeption in Skandinavien, vor allem in Schweden, bereits während des goldenen Zeitalters zentral in der Arbeitsmarktpolitik war, so unterscheidet sie sich davon heute dadurch, dass sie das traditionelle „Normalarbeitsverhältnis“ (Mückenberger 1985) als normativen Be-

zugspunkt aufgegeben hat und nunmehr vom Einzelnen mitunter auch finanzielle Einschränkungen und die Aufnahme atypischer Beschäftigung verlangt. Den Sozialdemokraten geht es mit anderen Worten zunehmend darum, die *employability* um fast jeden Preis zu erhöhen, solange soziale Mindeststandards gewahrt sind. Es geht nicht um die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung, so wie wir sie kannten, sondern um *Jobs, Jobs, Jobs*.¹¹

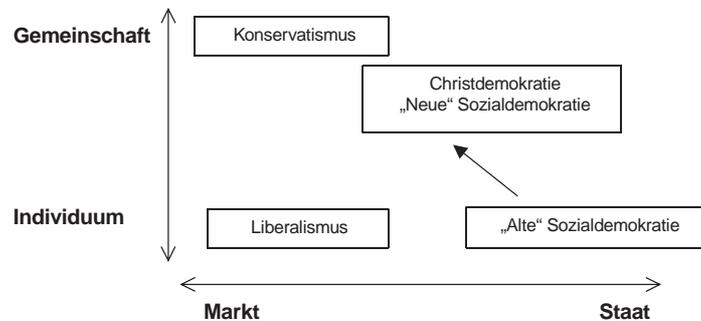
War in der traditionellen sozialdemokratischen Sozialpolitikkonzeption der Staat vorrangiger Erbringer sozialer Transferleistungen, so setzt sie nun auch auf eine teilweise Privatisierung, die jedoch innerhalb eines relativ eng gesetzten staatlichen Rahmens erfolgen soll und den Sozialpartnern teilweise erneut eine zentrale Rolle zuweist. Diese Politik betont die Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand, die in Kontinentaleuropa einen Kernbestandteil christdemokratischer Programmatik darstellte und sich von ehemaligen sozialdemokratischen Modellen – wie etwa dem von Meidner entwickelten Plan in Schweden (vgl. Pontusson 1994: 24) – dadurch unterscheidet, dass keine kollektiv kontrollierte Verfügungsgewalt über Produktionsmittel angestrebt wird. Im Hinblick auf die Erbringung sozialer Dienstleistungen werden zunehmend gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Arrangements der Zivilgesellschaft hervorgehoben. In diesem Zusammenhang kommt auch der Familie erneut eine zentrale Rolle zu. Gerade in diesem Bereich wird auf Elemente christdemokratischer Programmatik zurückgegriffen, wenngleich auch in ihrer modernisierten Spielart. So sollen nicht nur oder gar zuvörderst traditionelle Gemeinschaften, wie z.B. religiöse Vereinigungen, sondern sich neu konstituierende Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Arrangements als elementare Partner akzeptiert und gegebenenfalls gefördert werden.

In der sozialdemokratischen Konzeption zieht sich der Staat aus seiner nahezu ubiquitären Verantwortung für die Bereiche Beschäftigung, sozialpolitische Umverteilung sowie Risikoabsicherung zurück. Ziel der Sozialdemokraten ist nicht mehr die Herstellung sozialer Gerechtigkeit auf der *outcome*-Seite mittels staatlicher Beschäftigungs- und sozialpolitischer Umverteilungspolitik. Vielmehr betrachtet die Sozialdemokratie es als ihr Ziel, einen sozialen Kapitalismus zu verwirklichen, in dem der Staat nicht mehr die alleinige Verantwortung zur Herstellung des sozialen Ausgleichs besitzt, und die zudem der Wirtschaftspolitik untergeordnet wird. Entsprechend bedient sie sich im sozial- und arbeitsmarktpolitischen Raum eines mikro-politischen Ansatzes, der die Persönlichkeit der Betroffenen und die Verantwortung der verschiedenen Gemeinschaften sowie zivilgesellschaftlichen Arrangements stärken soll. Diese stärkere Fokussierung der Sozialdemokraten auf Eigenverantwortung, bürgerschaftliche Arrangements und die Familie sowie die Reduzierung der staatlichen Regulation im Wirtschaftsleben und der Sozialpolitik insgesamt stellen im Wesentlichen die Übernahme *modernen* christdemokratischen Gedankenguts dar.

Greifen wir nun das oben eingeführte politische Koordinatensystem erneut auf, so wird der Wandel offenkundig. In diesem Schema bewegt sich die Sozialdemokratie sowohl in Richtung Gemeinschaft als auch in Richtung Markt.

¹¹ Vgl. auch die soziologische Perspektive zur gegenwärtigen Verfasstheit der Institution Vollbeschäftigung bei Vobruba (2000).

Schaubild 4: Idealtypisches politisches Koordinatensystem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in den 1990er Jahren



5. Das Ende der Parteidifferenzthese?

Um abschließend die Frage zu beurteilen, ob ein Neubeginn oder das Ende der Sozialdemokratie konstatiert werden kann, müssen wir zwischen Machterwerb und Erhalt auf der einen und substanzieller Politik auf der anderen Seite differenzieren. Einerseits waren die Sozialdemokraten Ende der 1990er Jahre ganz offensichtlich in der Lage, wahlpolitisch erneut Erfolge zu erzielen. Betrachtet man nur diese Perspektive, so kann zwei Jahrzehnte nachdem das Ende der Sozialdemokratie ausgerufen wurde, ein Neubeginn der Sozialdemokratie diagnostiziert werden.

Programmatisch fällt die Einschätzung jedoch anders aus. Nach der systematischen Analyse der Politikinstrumente sowie Zielsetzungen der Sozialdemokratie kann man von einer „Veränderung dritter Ordnung“ sprechen, nachdem sowohl die Instrumente als auch die Zielsetzungen neubestimmt wurden. Die Auswirkungen dieser Neubestimmung sind im Hinblick auf die Parteidifferenzthese von Bedeutung, da die „neuen“ Gemeinsamkeiten der Sozialdemokratie mit denen der Christdemokratie in den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik erheblich sind. In Umkehrung der Schmidt'schen Befunde aus den 1980er Jahren (Schmidt 1985) kann man heute entsprechend von einer Christdemokratisierung der sozialdemokratischen Parteien sprechen. Dies heißt jedoch nicht, dass es zwischen den Parteien insgesamt keine Unterschiede mehr gäbe. Diese erstrecken sich jedoch nicht mehr primär auf die ehemals für die Entwicklung der These so zentralen Bereiche der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Konzeptionalisierung des „Dritten Weges“, so wie sie sich in den realen Parteiprogrammen bisher niedergeschlagen hat, kann nicht als originärer Neubeginn der Sozialdemokratie bewertet werden. Vielmehr stellt sie den vorläufigen Endpunkt einer langen revisionistischen Tradition dar, der in der Übernahme zentraler Zielsetzungen christdemokratischer Programmatik mündete. Die traditionelle sozialdemokratische Programmatik mit ihrer zentralen Komponente von staatlicher Umverteilung zu Gunsten der Herstellung sozialer Gerechtigkeit sowie der staatlichen Verantwortung ökonomischen Krisen entgegen zu wirken, scheint beendet. So mag zwar die Christdemokratie in mehreren europäischen Staaten Ende der 1990er Jahre hinsichtlich ihrer Regierungsbeteiligung sowie im Hinblick auf die Wahlergebnisse in die Defensive geraten

sein, doch programmatisch leben ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Konzeptionen in der reformierten Sozialdemokratie fort.

Wissenschaftstheoretisch ist dieser Befund von Bedeutung, da der Sozialdemokratie in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung, wie eingangs hervorgehoben, eine besondere Rolle zugewiesen wurde. Insoweit scheint die Parteiendifferenzthese, wonach es hinsichtlich der Wirtschafts- und Sozialpolitik einen Unterschied macht, ob Christ- oder Sozialdemokraten die Macht ausüben, an Aussagekraft zu verlieren.¹² Im Hinblick auf die weitere Geltung der Parteiendifferenzthese in Bezug auf diese beiden Partei-gruppierungen wird zukünftig viel davon abhängen, ob es innerhalb der Christdemokratie zu einer substanziellen Veränderung der programmatischen Ausrichtung kommen wird. Dafür gibt es aber bisher keine offensichtlichen Anzeichen. Betrachtet man etwa die Positionierung der Christdemokraten auf einer traditionellen Links-Rechts-Skala, die sehr stark durch die Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt wird, und folgt den Einschätzungen nationaler Experten, so zeigt sich, dass sich die Position der Christdemokratie zu Beginn der 1990er Jahre nur in *sehr geringem* Maße im Vergleich zu den 1980er Jahren verändert hat.¹³

Dieser Befund bedeutet jedoch nicht, dass sämtliche Unterschiede zwischen den sozialdemokratischen Parteien Europas verschwunden wären. Unterschiede innerhalb der europäischen Sozialdemokratie wird es auch in Zukunft auf Grund der verschiedenen historischen Ausgangslagen, der sich unterscheidenden Strukturen des Parteienwettbewerbs und anderer struktureller Muster geben (vgl. u.a. Merkel 2000). Doch sind diese Unterschiede im hier analysierten Zusammenhang nur von geringer Bedeutung. Zum Einen hat es schon immer in verschiedenen Bereichen Unterschiede zwischen den zahlreichen sozialdemokratischen Politikpfaden gegeben und zum Anderen sind für die Parteiendifferenzthese die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteigruppierungen von zentraler Bedeutung. Entsprechend stellt dieser Beitrag die weitere Verwendung der Parteigruppierungen „Christdemokratie“ und „Sozialdemokratie“ als Variablen zur Erklärung von Unterschieden in der Ausprägung der spezifischen politischen Ökonomie bzw. der Wohlfahrtsstaatlichkeit eines Landes ab den 1990er Jahren in Frage.

Literatur

Becker, Frans/Cuperus, René, 1998: Dutch Social Democracy between Blair and Jospin, in: Cuperus, René/Kandel, Johannes (Hrsg.), *European Social Democracy – Transformation in Progress*, Amsterdam, 247–255.

Benner, Mats/Vad, Torben Bundgaard, 2000: Sweden and Denmark: Defending the Welfare State, in: Scharpf, Fritz/Schmidt, Vivien A. (Hrsg.), *Welfare and Work in the Open Economy. Diverse Responses to Common Challenges*, Bd. II, Oxford, 399–466.

Blair, Tony, 1998: *The Third Way – New Politics for the New Century*, London.

12 Einschränkung sei an dieser Stelle betont, dass sich diese Untersuchung auf den programmatischen Wandel vier sozialdemokratischer Parteien begrenzt. Um die Aussagekraft der hier dargelegten Befunde zu erhärten, ist es notwendig, weitere sozialdemokratische Parteien in die Analyse einzubeziehen.

13 In Belgien, den Niederlanden und Österreich bewegte sich die Christdemokratie leicht nach „Rechts“, während sie sich in der Bundesrepublik Deutschland leicht nach „Links“ bewegte. Vgl. Castles/Mair (1984) sowie Huber/Inglehart (1995).

- Blases, Peter/Seeleib-Kaiser, Martin, 1999: Zum Wandel wohlfahrtsstaatlicher Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland: Zwischen Lohnarbeit und Familie, in: *Zeitschrift für Soziologie* 28, 114–135.
- Briefs, Götz, 1930: Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik, in: *Vorstand der Gesellschaft für Soziale Reform* (Hrsg.), *Die Reform des Schlichtungswesens – Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik. Bericht über die Verhandlungen der XI. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform in Mannheim am 24./25. Oktober 1929*, Jena, 13. Bd., H. 3, 144–170.
- Budge, Ian, 2000: Expert judgments of party policy positions: Uses and limitations in political research, in: *European Journal of Political Research* 37, 103–113.
- Castles, Francis G./Mair, Peter, 1984: Left-Right Political Scales: Some 'Expert' Judgments, in: *European Journal of Political Research* 12, 73–88.
- Clayton, Richard/Pontusson, Jonas, 1998: Welfare-state Retrenchment Revisited: Entitlement Cuts, Public Sector Restructuring and Inegalitarian Trends in Advanced Capitalist Societies, in: *World Politics* 51, 67–98.
- Clift, Ben, 2001: The Jospin Way, in: *Political Quarterly* 72, 170–179.
- Crewe, Ivor, 1992: Labor Force Changes, Working Class Decline, and the Labour Vote: Social and Electoral Trends in Postwar Britain, in: *Piven, Frances Fox* (Hrsg.), *1992, Labor Parties in Postindustrial Societies*, New York, 20–46.
- Esping-Andersen, Gosta, 1985: *States Against Markets*, Princeton.
- Garrett, Geoffrey/Lange, Peter, 1991: Political Responses to Interdependence: What's 'Left' for the Left, in: *International Organization* 45, 539–564.
- Giddens, Anthony, 1997: *Jenseits von Links und Rechts*, Frankfurt a.M.
- Giddens, Anthony, 1998: *The Third Way*, Cambridge.
- Giddens, Anthony, 2000: *The Critics of the Third Way*, Cambridge.
- Green-Pedersen, Christoffer/Kersbergen, Kees van/Hemerijck, Anton, 2000: Neo-Liberalism, the 'Third Way' or What? European Social Democracy and the Welfare State at the Beginning of the New Millennium. Paper for the 12th International Conference of Europeanists, Chicago, Palmer House Hilton, March 30-April 1, 2000.
- Hall, Peter A., 1993: Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain, in: *Comparative Politics* 25, 275–296.
- Hombach, Bodo, 1998: *Aufbruch – Die Politik der Neuen Mitte*. München/Düsseldorf.
- Huber, Evelyn/Stephens, John D., 1998: Internationalization and the Social Democratic Model: Crisis and Future Projects, in: *Comparative Political Studies* 31, 353–398.
- Huber, Evelyn/Stephens, John D., 2001: *Development and Crisis of the Welfare State – Parties and Policies in Global Markets*, Chicago/London.
- Huber, John/Inglehart, Ronald, 1995: Expert Interpretations of Party Space and Party Locations in 42 Societies, in: *Party Politics* 1, 73–111.
- Jahn, Detlef/Henn, Matt, 2000: The 'New' Rhetoric of New Labour in Comparative Perspective: A Three-Country Discourse Analysis, in: *West European Politics* 23, 26–46.
- Jochem, Sven, 1998: *The Social Democratic Full-Employment Model in Transition – The Scandinavian Experiences in the 1980s and 1990s*. ZeS-Arbeitspapier Nr. 2/1998, Bremen.
- Kersbergen, Kees van, 1995: *Social Capitalism – A Study of Christian Democracy and the Welfare State*, London.
- Kirchheimer, Otto, 1965: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: *Politische Vierteljahresschrift* 6, 20–41.
- Knutsen, Oddbjorn, 1998: Expert Judgements of the Left-Right Location of Political Parties: A Comparative Longitudinal Study, in: *West European Politics* 21, 63–94.
- Labour Party*, 1997: Britain will be better with new Labour. [<http://www.labour.org.uk>].
- Le Grand, Julian, 1999: New Approaches to the Welfare State, in: *Gamble, Andrew/Wright, Tony* (Hrsg.), *1999, The New Social Democracy*, Oxford, 142–150.
- Levy, Jonah D., 2000: France – Directing Adjustment, in: *Scharpf, Fritz/Schmidt, Vivien A.* (Hrsg.), *Welfare and Work in the Open Economy. Diverse Responses to Common Challenges*, Bd. II, Oxford, S. 308–350.

- Lindgren, Anne-Marie*, 1998: Swedish Social Democracy in Transition, in: *Cuperus, René/Kandel, Johannes* (Hrsg.), *European Social Democracy – Transformation in Progress*, Amsterdam, 83–91.
- Lipset, Martin Seymo/Marks, Gary*, 2000: *It Didn't Happen Here. Why Socialism Failed in the United States*, New York/London.
- Mair, Peter/Mudde, Cas*, 1998: Party Family and Its Study, in: *Annual Review of Political Science* 1, 211–229.
- Merkel, Wolfgang*, 2000: Die Dritten Wege der Sozialdemokratie ins 21. Jahrhundert, in: *Berliner Journal für Soziologie* 10, 99–124.
- Ministry of Health and Social Affairs*, 1998: Pension Reform in Sweden [<http://www.pension.gov.se>].
- Mückenberger, Ulrich*, 1985: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses – hat das Arbeitsrecht noch Zukunft?, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 31, 415–461.
- Padgett, Stephen*, 1993: The German Social Democrats. A Redefinition of Social Democracy or Bad Godesberg Mark II? In: *Gillespie, Richard/Paterson, William E.* (Hrsg.), *Rethinking Social Democracy in Western Europe*, London, 20–38.
- Pontusson, Jonas*, 1994: Sweden: After the Golden Age, in: *Anderson, Perry/Camiller, Patrick* (Hrsg.), *Mapping the West European Left*, London/New York, 23–54.
- PvdA*, 1997: Modern Social Security [<http://www.pvda.nl/>].
- PvdA*, 1998: Everybody Counts – Electoral Platform. Short Version [<http://www.pvda.nl/>].
- Rimlinger, Gaston*, 1971: *Welfare Policy and Industrialization in Europe, America, and Russia*, New York.
- Sainsbury, Diane*, 1993: The Swedish Social Democrats and the Legacy of Continuous Reform: Asset or Dilemma? In: *Gillespie, Richard/Paterson, William E.* (Hrsg.), *Rethinking Social Democracy in Western Europe*, London, 39–61.
- Sassoon, Donald*, 1996: *One Hundred Years of Socialism – The West European Left in the Twentieth Century*, New York.
- Schmidt, Manfred G.*, 1985: Allerweltparteien in Westeuropa? Ein Beitrag zu Kirchheimers These vom Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: *Leviathan* 13, 376–397.
- Schmidt, Manfred G.*, 1998: *Sozialpolitik in Deutschland – Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*, Opladen.
- Schmidt, Manfred G.*, 2001: Parteien und Staatstätigkeit. ZeS-Arbeitspapier 2/2001, Bremen.
- Seeleib-Kaiser, Martin*, 2001: Globalisierung und Sozialpolitik. Ein Vergleich der Wohlfahrtssysteme in Deutschland, Japan und den USA, Frankfurt a.M.
- Shaw, Eric*, 1993: Towards Renewal? The British Labour Party's Policy Review, in: *Gillespie, Richard/Paterson, William E.* (Hrsg.), *Rethinking Social Democracy in Western Europe*, London, 112–132.
- Shaw, Eric*, 1996: Von ‚Old Labour‘ zu ‚New Labour‘: Die Transformation der britischen Sozialdemokratie, in: *Borchert, Jens/Golsch, Lutz/Jun, Uwe/Lösche, Peter* (Hrsg.), *Das sozialdemokratische Modell – Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel. Reihe Europa- und Nordamerika-Studien, Bd. 2*, Opladen, 185–212.
- SPD*, 1994: *Das Regierungsprogramm der SPD. Reformen für Deutschland*, Bonn.
- SPD*, 1998: *Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit – SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998. Antrag 4* (in der Fassung der Antragskommission), Bonn.
- Visser, Jelle/Hemerijck, Anton C.*, 1997: *A Dutch Miracle – Job Growth, Welfare Reform and Corporatism in the Netherlands*, Amsterdam.
- Vobruba, Georg* (Hrsg.), 1989: *Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik. Sozialpolitische Schriften, Heft 60*, Berlin.
- Vobruba, Georg*, 1991: *Jenseits der sozialen Fragen. Modernisierung und Transformation von Gesellschaftssystemen*, Frankfurt a.M.
- Vobruba, Georg*, 2000: *Alternativen zur Vollbeschäftigung*, Frankfurt a.M.
- Wolinetz, Steven B.*, 1993: Reconstructing Dutch Social Democracy, in: *Gillespie, Richard/Paterson, William E.* (Hrsg.), *Rethinking Social Democracy in Western Europe*, London, 97–111.